

Franz Walter

## Vor einer Renaissance des Sozialliberalismus?

*Angesichts verbreiteter Verdrossenheit über die Große Koalition und des Unbehagens über ein mögliches Linksbündnis bleibt als Option die Ampel, für die nicht zuletzt Frank-Walter Steinmeier gute Chancen sieht. Doch wie realistisch ist ein solches Bündnis und was ist noch übrig von den sozialliberalen Traditionen in der FDP?*

Die Ampel als Strohfeuer. So jedenfalls wirkt gegenwärtig die Suche der Sozialdemokraten nach einer Machtperspektive für die Zeit nach 2009. Über die Große Koalition sind schon jetzt alle verdrossen; es wird in den nächsten Monaten eines verschärften Wahlkampfes wohl nicht besser werden. Und mit der *Linken* will die SPD partout nicht koalieren. Infolgedessen bleibt tatsächlich nur, als letzter Hoffnungsschimmer gleichsam, die Aussicht auf eine politische Majorität von Sozialdemokraten, *Grünen* und eben Freien Demokraten. Und daher wird innerhalb der SPD nach sozialliberalen Traditionen wie Überlieferungen bei den Freidemokraten gefahndet, um ein Legitimationsfundament für ein schwieriges Bündnis zu finden.

### Zwischen sozialkonservativen und sozialliberalen Seiten

Natürlich hatte auch der Liberalismus in Deutschland sozialkonservative Seiten. Vor dem Ersten Weltkrieg etwa segelte der Sozialliberalismus unter der Flagge des protestantischen Pfarrers Friedrich Naumann. Auf ihn bezogen sich auch alle anderen sozialliberalen Renaissance im Liberalismus. Dabei spielte Naumann auf der großen Bühne der Politik nie einflussreich mit. Auch zu seinen Lebzeiten faszinierte sein Projekt lediglich ein paar Hundert junger Bildungsbürger. Die breiten Mittelschichten blieben auf weitem Abstand. Naumanns Partei, die »Freisinnige Vereinigung«, erreichte 1907 infolgedessen nur 3,2 Prozent der Stimmen.



**Franz Walter**

(\* 1956) ist Professor für Parteienforschung an der Universität Göttingen. Gerade erschienen bei Suhrkamp: *Baustelle Deutschland, Politik ohne Lagerbindung.*

[fwalter1@gwdg.de](mailto:fwalter1@gwdg.de)

Immerhin: Zu Beginn der Weimarer Republik bildete der Sozialliberalismus die Brücke zwischen dem republikanischen Bürgertum und der deutschen Arbeiterbewegung – die Allianz, die einzig wohl die neue Demokratie hätte stabilisieren können. Da das Bündnis aber nicht hielt, zerbrach auch die Republik. Das deutsche Bürgertum orientierte sich nicht am Sozialliberalismus. Vor allem die junge Generation des bürgerlichen Deutschland bewegte sich während der 20er Jahre weit davon weg, schwärmte für den völkischen Extremismus. Als sich Anfang der 30er Jahre eine dezidiert sozialliberale »Radikaldemokratische Partei« konstituierte, kam sie bei den Reichstagswahlen 1932 nur auf kümmerliche 3.793 Wähler.

Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg siedelte die neue FDP ebenfalls auf der rechten Seite des Parteiensystems und des Parlamentarismus, begriff sich als eherer Bestandteil des »bürgerlichen Lagers« ohne den geringsten Anflug von Sozialliberalität. Am weitesten rechts standen seinerzeit die Freien Demokraten zwischen Rhein und Ruhr. Gerade sie aber waren es, die dann demonstrativ 1956 das Regierungsbündnis mit den Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen riskierten.

Doch um eine sozialliberale Koalition in programmatisch neuer Hinsicht handelte es sich nicht. Es war allein ein denkbar prosaisches, ja kühl taktisch motiviertes Zweckbündnis, um Kanzler Adenauer im Bund seine Grenzen aufzuzeigen und eine weitere machtpolitische Option für künftige Regierungsbildungen im Köcher zu haben. Aber das mehrheitlich rechtsliberale Bürgertum jener Jahre goutierte die Düsseldorfer »Mesalliance« nicht. Die Freien Demokraten verloren kurz darauf empfindlich an Unterstützung.

### **Zum Abschied vom Dünkel nicht bereit**

Doch versuchten die nordrhein-westfälischen Liberalen schon damals hartnäckig – das begann also nicht erst mit Jürgen W. Möllemann – aus den liberalen Honoratiorenclubs der Gebildeten und Besitzständigen eine Massenpartei auch der »kleinen Leute« zu machen. Daran bastelten die Düsseldorfer Liberalen 1957 und noch einmal fünf Jahre später, im Jahr 1962. Indes: Das Projekt der sozialliberalen Volkspartei scheiterte in beiden Fällen. Die individualistischen Bürger sperrten sich einfach dagegen, die Parteiorganisation zu straffen, auszubauen und für neue Schichten zu öffnen; sie mochten sich nicht verbindlichen Entscheidungsstrukturen fügen. Sie waren zum Abschied vom Dünkel des »Kleinen, aber Feinen« einfach nicht bereit.

Mit Bildung des Kabinetts Brandt/Scheel 1969 allerdings schien in der Tat eine neue sozialliberale Ära auch in den besseren Kreisen der Republik angebrochen zu sein. Karl-Herrmann Flach, der Generalsekretär der FDP, und der Rechtsphilosoph Werner Maihofer, ab 1972 Bundesminister der FDP, waren zunächst einflussreiche Repräsentanten dieser Richtung. Doch jener starb zu früh; der andere scheiterte mit Aplomb im Ressort des Inneren. Als Höhepunkt des sozialliberalen Frühlingser-

wachens galten zwar zunächst die sogenannten »Freiburger Thesen« von 1971, mit denen die FDP sich programmatisch der bis dahin vernachlässigten Gesellschaftspolitik zuwandte, die »Reform des Kapitalismus« auf ihr Panier schrieb und für die »Demokratisierung der Gesellschaft« eintrat. »Freiburg« wurde nachgerade zum Mythos dieser Generation von Linksliberalen. Doch erfuhren die »Freiburger Thesen« ein ähnliches Schicksal wie das kapitalismuskritische »Ahlener Programm« der CDU von 1947: Für die praktische Politik blieb das eine wie das andere Manifest ohne Bedeutung. Schon nach 1972 rückte die FDP in der Koalition mit den Sozialdemokraten als besitzständige Interessenvertretung wieder nach rechts, um die damals noch sozialeifrige SPD abzubremsen und die Zusatzoption für eine neuerliche Koalition mit der Union rechtzeitig parat zu haben. Mit der Wende rückwärts zur CDU/CSU 1982 trennte sich die FDP dann scharf von den zuvor schon ziemlich geschrumpften sozialliberalen Einstellungen und Mitgliedern in ihren Reihen.

Danach zerfiel diese Strömung des Liberalismus ziemlich rasch. Einige versuchten drei Wochen nach dem Berliner Debakel eine neue Partei – die *Liberalen Demokraten* – zu etablieren. Aber der Zulauf von Wählern und Mitgliedern blieb denkbar gering; die politische Bedeutung des Vereins war gleich Null. Andere Gegner der Wende – wie der frühere Bundesinnenminister Gerhart R. Baum oder die Staatsministerin im Außenministerium Hildegard Hamm-Brücher – harrten in der FDP auf weitgehend verlorenem Posten aus; 2002 verließ schließlich auch Frau Hamm-Brücher die Partei, der sie zuvor über ein halbes Jahrhundert angehört hatte. Eine Gruppe prominenter Sozialliberaler trat zur SPD über, so Ingrid Matthäus-Maier, Andreas von Schoeler, schließlich Günter Verheugen. Zu den *Grünen* ging niemand aus der ersten Reihe der deutschen Libera-

len. Das mag an der Basis ein bisschen anders gewesen sein; insgesamt jedenfalls haben rund 20.000 der 68.000 FDP-Mitglieder ihre Partei 1982 aus Protest verlassen.

Seitdem, nun immerhin schon ein Viertel Jahrhundert lang, hat sich der parteipolitische Liberalismus in Deutschland allein auf seine wirtschaftsliberalen und besitzbürgerlichen Herkunftsidetitäten beschränkt. Die freisinnigen, radikaldemokratischen, linkslibertären und sozialliberalen Traditionselemente waren gründlich entsorgt; in Teilen haben sie sich neu bei den *Grünen* angesiedelt. Insofern fragt man sich, aus welchen Quellen ein neuer Sozialliberalismus, wie er neuerdings von einigen Freien Demokraten zumindest rhetorisch wieder ins Spiel gebracht wird, sprudeln soll – zumal die *Hausse* der FDP seit September 2005 nicht zuletzt daher rührt, dass ihr bürgerliche Wähler aus dem Unionslager zugelaufen sind, denen die Transformation der sozialstaatlichen Strukturen zu langsam geht.

Andererseits: Liberale Parteien, die an Wählerzuspruch gewinnen und auf diese Weise stärker in die Breite gehen, entfernen sich ganz automatisch von der elitären Attitüde. Man hat das in den letzten Jahren wunderbar in Dänemark beobachten können. Die *Venstre*-Partei des gegenwärtigen Ministerpräsidenten Anders Fogh Rasmussen begann ihren großen Lauf an die Regierungsspitze zunächst als *Hardcore*-liberale. Doch mit jedem Prozent Zuwachs schwächte sich die anfangs aggressive Antiwohlfahrtsstaatlichkeit sukzessive ab. Denn man wollte schließlich noch weiter und tiefer in das Wählervolk hineindringen. So wurden die dänischen Liberalen mehr und mehr zur Agentur einer Politik von Ruhe und Ordnung, der etatistischen Verschärfung der Einwanderungsrestriktionen – eines Sozialprotektionismus für Einheimische gewissermaßen. Indes: Anziehend dürfte ein solcher Rechtsliberalismus für eine Sozialdemokratie der modernen »neue Mitte« wohl nicht sein.

Doch gibt es auch eine andere Variante: Die britischen *Liberal Democrats*, die sich in zahlreichen Sphären links von Labour Profil und Zustimmung verschafft haben, als Anwältin der öffentlichen Güter und radikaler Bürgerrechtspolitik gleichsam. Doch dieses Beispiel taugt für die Freien Demokraten, wie sie sich nun einmal entwickelt haben, wohl eher nicht. Groß ist der Raum für einen sozialliberalen Liberalismus jedenfalls kaum in Deutschland. Und weit und breit ist in der realen FDP auch niemand zu sehen, der einen sozial durchwirkten Liberalismus programmatisch, intellektuell oder auch nur rhetorisch einigermaßen glaubwürdig repräsentieren könnte.

Gerade in den harten Kernbereichen gesellschaftlicher Auseinandersetzungen – Steuern, Finanzen, Wirtschaft – stehen trotz aller hurtigen Auflösungsdiagnosen die klassischen Lager granithart und in gewohnter Konstellation: Hier Schwarz-Gelb und dort Rot-Rot; allein die *Grünen* sind bewegungsfreudiger. Die Sozialdemokraten mögen es nicht gern wahrhaben wollen, aber ihre Klientel denkt in Fragen von Mindestlohn, Bürgerversicherung, Sozialabbau etc. in der Grundtendenz so wie auch die neuen Wähler ihres früheren Parteivorsitzenden aus dem Saarland. Hingegen sind die Unterschiede zu den Orientierungsmaßstäben des Gros der liberalen Parteigänger grabentief, weiter jedenfalls als zu jeder anderen politischen Formation sonst.

Insofern ist es schon problematisch, dass die gegenwärtige sozialdemokratische Parteispitze auf die FDP als Koalitionspartei für 2009 ff. schielt. Aus der Einstellungsperspektive der Anhängerschaften wäre dies ein Bündnis, das sich am wenigsten über Gemeinsamkeiten von Erwartungen, Wünschen und Zielen miteinander verknüpft. Und ganz ohne Grund ist es schließlich nicht, dass es in den Bundesländern derzeit eine solche Symbiose nicht gibt. Doch wie soll eine Bundesregierung ohne jeden Unterbau in der politischen Fläche der Republik reüssieren können?